

Kein Pistenausbau für Zürich-Kloten – Unterländer Kantonsräte ebnen den Weg für eine gerechte Luftfahrtpolitik

Der Kantonsrat hat an der Sitzung vom 23. Februar 2009 ein Pistenmoratorium für den Flughafen beschlossen und in der Luftfahrtpolitik eine erste Weiche gestellt. Mit ausschlaggebend für den Etappensieg waren die Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus dem Unterland.

Von Hanspeter Lienhart, Stadtrat Bülach, Präsident der IG-Nord

Nach rund sechs Stunden und zum Teil hitzigen Debatten war die Kantonsratssitzung zu drei Flughafenbegehren beendet. Mit 100 zu 64 Stimmen wurde die von 42 Gemeinden unterstützte Behördeninitiative „Keine Neu- und Ausbauten von Pisten“ deutlich angenommen. Die Volksinitiative „Fairflug“ und die von 69 Gemeinden unterstützte Behördeninitiative „Plafonierung bei 320'000 Flugbewegungen und 8 Stunden Nachtruhe“ waren chancenlos. Auf einen Minderheitsantrag, der die Beschränkung auf 320'000 Flüge mit 7 Stunden Nachtflugsperrung verknüpfen wollte, trat der Kantonsrat nicht einmal ein.

Von den drei behandelten Geschäften war die Moratoriums-Initiative am wichtigsten. Denn der Bund und die Zürcher Regierung setzen schon lange auf eine Verlängerung der West-Piste. Für das Unterland wäre das verheerend: Industrie- und Gewerbegebiete müssten geräumt, Siedlungsgebiete umgezogen, Kantonsstrassen versetzt und das Flussbett der Glatt müsste umgeleitet werden. Ein Moratorium hingegen setzt dem Flughafen technische Schranken und stellt sicher, dass der Flughafen nicht unkontrolliert wächst. Auf dem bestehenden Pistensystem können gut 320'000, maximal 330'000 Flüge pro Jahr abgefertigt werden. Mit dem Baustopp wird die Bevölkerung vor übermässigem Fluglärm geschützt, die Gemeinden erhalten raumplanerische Sicherheit und der Flughafen behält trotzdem seine wirtschaftliche Bedeutung für die Region und die Schweiz.

Geschlossene Unterländer senden starkes Signal

Ausschlaggebend für diesen Meilenstein waren über die Parteigrenzen hinweg die Volksvertreter aus dem Unterland. 25 von 27 Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus unserer Region haben zusammen mit dem befürwortenden Ratsspektrum das deutliche Resultat erzielt. Viele Kantonalpolitiker haben dabei gegen ihre Parteien gestimmt. Rückgrat gezeigt haben insbesondere Martin Moosdorf (FDP, Bülach) und Ursula Moor (SVP, Höri). Sie haben beide in einem hitzigen Umfeld das Wort ergriffen und die Stimmen von Robert Brunner (Grüne, Steinmauer), Priska Seiler Graf (SP, Kloten) und Peter Reinhard (EVP, Kloten) flankiert. Ursula Moor hat sich gleich in zwei Wortmeldungen nicht nur für das Moratorium, sondern auch für die Beschränkung auf 320'000 Flugbewegungen und 7 Stunden Nachtruhe eingesetzt. Zwar ist die Einhaltung einer achtstündigen Nachtflugsperrung eines unserer Kernanliegen. Das taktisch geschickte Verhalten von Ursula Moor begrüesse ich dennoch. Dafür gibt es zwei Gründe:

Erstens war absehbar, dass die achtstündige Nachtflugsperrung im Rat keine Chance haben würde. Viele Politiker sehen dadurch die Stellung von Zürich-Kloten als Drehscheibe im internationalen Flugverkehr gefährdet. Deshalb unterstützte Ursula Moor den Versuch, die Plafonierung bei 320'000 Flügen wenigstens mit einer abgeschwächten Nachtflugsperrung durchzubringen.

Zweitens muss man beachten, dass Nachtflugsperrungen unterschiedlich interpretiert werden, d.h. mit oder ohne Verspätungsabbau. Unique und die Regierung hätten sich im Falle einer Annahme für 8 Stunden Nachtruhe abzüglich des Verspätungsabbaus eingesetzt. Das kommt einer bereits jetzt im Flughafengesetz verankerten siebenstündigen Nachtruhe gleich. Seitens der IG-Nord werden wir uns weiterhin dafür stark machen, dass die 7 Stunden Nachtruhe netto verstanden und der Wohnbevölkerung eine tatsächliche Nachtruhe von 7 Stunden gewährt wird.

Ein passives aber nicht weniger deutliches Signal haben an der Debatte auch unsere kommunalen Politiker gesendet. Auf der Tribüne des Rathauses waren zahlreiche IG-Nord Delegierte und weitere Gemeindevertreter anwesend. Sie haben dadurch zum Ausdruck gebracht, dass sie sich für die Anliegen der Region stark machen und sich konsequent für eine gerechte Luftfahrtpolitik einsetzen.

Flughafenabstimmung im Herbst

Gegen den Kantonsratsbeschluss wurde umgehend das Referendum ergriffen. Das Pistenmoratorium wird damit voraussichtlich zusammen mit der Fairflug-Volksinitiative am 27. September 2009 zu Volksabstimmung gelangen. Dann sind auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus dem Unterland gefordert, sich für eine gerechte Luftfahrtpolitik einzusetzen. Gemeinsam mit dem Dachverband und den Behördenorganisationen im Osten und Westen werden wir uns weiterhin konsequent für das Pistenmoratorium einsetzen.